Stand: 06.05.2024 14:27:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17551

"Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/17551 vom 02.07.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17695 des KI vom 03.07.2013
3. Beschluss des Plenums 16/18022 vom 16.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 16.07.2013

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Florian Herrmann, Alexander König, Angelika Schorer, Manfred Ländner, Andreas Lorenz, Jakob Schwimmer, Max Strehle, Dr. Manfred Weiß, Otto Zeitler, Josef Zellmeier CSU,**

Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Dr. Simone Strohmayr, Bernhard Roos, Annette Karl, Dr. Paul Wengert SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Bernhard Pohl, Dr. Otto Bertermann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Anne Franke, Reiner Erben, Ludwig Hartmann, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon, Julika Sandt, Renate Will und Fraktion (FDP)

Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- je Regierungsbezirk eine Stadt und drei Gemeinden unterschiedlicher Größe auszuwählen, bei der die Unfallbelastung nach den Feststellungen des Kinderunfallatlases deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt liegt und in enger Abstimmung mit den Entscheidungsträgern von Straßenbaubehörden, Straßenverkehrsbehörden und Polizei im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und nach Möglichkeit umzusetzen, um die Situation zu verbessern, und hierüber dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zu berichten.
- sicherzustellen, dass Städte und Landkreise bessere Möglichkeiten erhalten, an innerörtlichen Straßen im Bereich von Betreuungseinrichtungen und Spielplätzen Tempo 30 sowie an Kreis- und Staatsstraßen ohne Fuß- und Fahrradwege Tempo 70 anzuordnen. Die Staatsregierung soll Spielräume bei Ermessensentscheidungen zugunsten der Verkehrssicherheit nutzen.

Begründung:

Der Kinderunfallatlas der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) erfasst in regelmäßigen Abständen die Unfälle mit Kindern unter 15 Jahren und setzt sie ins Verhältnis zu der Gesamtkinderzahl dieser Altersgruppe. Er unterstützt die Landkreise und Gemeinden bei der Einschätzung der Unfallbelastung von Kindern an vergleichbaren Orten, ersetzt aber nicht die detaillierte Analyse vor Ort und die Erarbeitung von konkreten Verbesserungsvorschlägen und Maßnahmen. Mit dem Kinderunfallatlas werden die Zahlen bundesweit auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte vergleichbar. Auch der Effekt, dass bei immer weniger Kindern weniger Unfälle passieren, wird aus den Zahlen herausgerechnet. Der aktuelle Kinderunfallatlas, der im Januar 2013 erschienen ist, kommt für Bayern zu dem Ergebnis, dass die meisten Kinder als Mitfahrer in den ländlichen Regionen Bayerns verunglücken. Ein Vergleich der Daten zum Untersuchungszeitraum des letzten Kinderunfallatlases zeigt zwar einen deutlichen Rückgang der Unfälle, jedoch weist Bayern im bundesweiten Vergleich sichtbar weniger Veränderungen auf. Besonders die bayerischen Städte, der ostbayerische Raum und der Alpenraum weisen eine hohe Unfallbelastung auf.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Alexander König, Angelika Schorer u.a. CSU, Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Brigitte Meyer u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 16/17551

Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Angelika Schorer**
Mitberichterstatlerin: **Christine Kamm**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 3. Juli 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Joachim Hanisch
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Florian Herrmann, Alexander König, Angelika Schorer, Manfred Ländner, Andreas Lorenz, Jakob Schwimmer, Max Strehle, Dr. Manfred Weiß, Otto Zeitler, Josef Zellmeier** CSU,

Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Dr. Simone Strohmayr, Bernhard Roos, Annette Karl, Dr. Paul Wengert SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Bernhard Pohl, Dr. Otto Bertermann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Anne Franke, Reiner Erben, Ludwig Hartmann, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon, Julika Sandt, Renate Will und Fraktion (FDP)

Drs. 16/17551, 16/17695

Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- je Regierungsbezirk eine Stadt und drei Gemeinden unterschiedlicher Größe auszuwählen, bei der die Unfallbelastung nach den Feststellungen des Kinderunfalllases deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt liegt und in enger Abstimmung mit den Entscheidungsträgern von Straßenbaubehörden, Straßenverkehrsbehörden und Polizei im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und nach Möglichkeit umzusetzen, um die Situation zu verbessern, und hierüber dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zu berichten.
- sicherzustellen, dass Städte und Landkreise bessere Möglichkeiten erhalten, an innerörtlichen Straßen im Bereich von Betreuungseinrichtungen und Spielplätzen Tempo 30 sowie an Kreis- und Staatsstraßen ohne Fuß- und Fahrradwege Tempo 70 anzuordnen. Die Staatsregierung soll Spielräume bei Ermessensentscheidungen zugunsten der Verkehrssicherheit nutzen.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 161, 162 und 218, die einzeln beraten werden sollen. Die Listennummer 161 soll zusammen mit Tagesordnungspunkt 29, die Listennummer 162 zusammen mit den Tagesordnungspunkten 12 bis 16 einzeln beraten werden. Über die Listennummern 220, 229 und 240 muss einzeln abgestimmt werden. Die Einzelabstimmung über die Listennummer 240 soll in namentlicher Form erfolgen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 220 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Einrichtung des Studiengangs ‚Bachelor of Laws‘ am Standort Hof der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVR)", Drucksache 16/17552. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17734 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Zwei. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Listennummer 229. Das ist der Antrag der Abgeordneten Heckner, Jörg, König und anderer (CSU) betreffend "Bachelor of Laws am Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (BayFHVR) in Hof", Drucksache 16/17686. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt auf Drucksache 16/17735 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREI-

EN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Nun lasse ich über die Listennummer 240 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Muthmann und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren", Drucksache 16/16540. Darüber lasse ich in namentlicher Form abstimmen.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, damit ich Ihnen vortragen kann, worüber Sie abstimmen sollen. Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vorschlägt, den Antrag abzulehnen, empfiehlt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung in einer Neufassung. Ich verweise insofern auf die Drucksache 16/17639. Der namentlichen Abstimmung ist nach § 126 Absatz 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des Haushaltsausschusses zugrunde zu legen. Die Urnen sind bereitgestellt, mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen Ihnen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.30 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen, der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen dann bekannt gegeben.

(Allgemeine Unruhe)

Wir werden heute Abend noch genügend Gelegenheit zum Austausch haben. Bitte setzen Sie sich. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Listennummern verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1 - Allgemeine Unruhe)

Ich bitte wieder um Aufmerksamkeit, Sie müssen wieder die Hände heben. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Frau Pauli (fraktionslos) ist wohl nicht da. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren und zu Tagesordnungspunkt 4 kommen, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 16/16540 bekannt. Es ist der Antrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Kreisel für Waldkirchen, Kreisverkehr an der St 2131 und St 2632 in Waldkirchen endlich realisieren". Wenn Sie sich erinnern, ist das die Listennummer 240 der Anlage zur Tagesordnung. Mit Ja haben 72 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 87. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)